Beteiligte und Betroffene

Autor(en): **Maissen, Toya**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **67 (1988)**

Heft 4

PDF erstellt am: **03.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

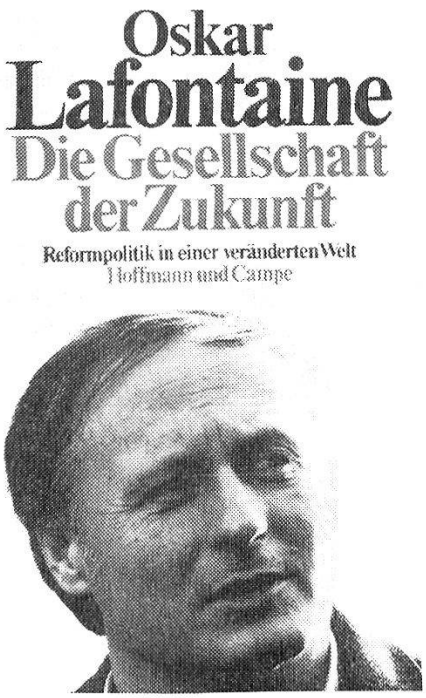
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Beteiligte und Betroffene

Von Toya Maissen



Die Sozialdemokratie ist im Gespräch. Nicht nur in der politischen Schweiz nach der Wahlniederlage vom letzten Herbst. In den letzten Wochen ist es vor allem die deutsche SPD. derzeit in der undankbaren Rolle der bundesdeutschen Opposition, die in die Schlagzeilen der Politik geraten ist. Für die Aufregung hat der saarländische Ministerpräsident und stellvertretende Vorsitzende der SPD, *Oskar Lafontaine*, gesorgt. Dafür hat ihm sogar das Hamburger Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» eine Titelgeschichte gewidmet mit dem Tenor: Oskar Lafontaine ist der nächste Kanzlerkandidat der SPD.

Oskar Lafontaine, Physiker, theologisch gebildet, überdies erst noch ein Kind der Arbeiterbewegung und auch als Lieblingsenkel von Willy Brandt bezeichnet, hat wieder einmal ein politisches Buch geschrieben. Das Echo ist riesig. Die Reaktion reicht von masslosem Erstaunen bis zur heftigsten Reaktion. Die Erstaunten sind dieses Mal die Bürgerlichen bis weit hinein in die Reihen der unverbesserlichen Neokonservativen. Die empörte Reaktion kommt aus der linken und der gewerkschaftlichen Ecke. In dieser Nummer der «Roten Revue» lassen wir Oskar Lafontaine einerseits und den Vorsitzenden der IG Metall, Franz Steinkühler, anderseits zu Wort kommen. Den begleitenden Artikel schrieben zwei Journalisten des SPD-Magazins «Vorwärts», das sich der Diskussion zwischen den streitenden Genossen angenommen hat.

Der Stein des Anstosses in Lafontaines Buch ist dieser: Lafontaine verlangt nicht mehr und nicht weniger als die *Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich*. Damit hat er ein sozialdemokratisches, aber vor allem ein gewerkschaftliches Tabu gebrochen. Er argumentiert damit, dass es in der modernen Industriegesellschaft mit all ihren unheilvollen ungelösten Problemen nicht mehr um das *Verteilen* geht, sondern, dass solidarisch *Teilen* gefragt ist. Arbeitsbesitzer sollen sich also ebenso um die Arbeitslosen kümmern, das heisst materiell mit ihnen solidarisch sein wie die Unternehmer oder der Staat. Das Zwei-Millionen-Heer der bundesdeutschen Arbeitslosen will Oskar Lafontaine abbauen, indem er dem Arbeitsbegriff neuen Inhalt gibt. Dazu Lafontaine wörtlich: «Wenn wir wirklich unser möglichstes gegen die Arbeitslosigkeit tun wollen, dürfen wir auf einen Solidarbeitrag der Besserverdienenden genausowenig verzichten wie auf eine Umverteilung des Bruttosozialproduktes zugunsten der Arbeitnehmer.»

Es sind diese Gedanken, welche Oskar Lafontaine in die Schlagzeilen gebracht haben, in die er auch selber kommen wollte. Nun enthält aber sein Buch noch ganz andere Überlegungen, die es lohnen, sich mit ihnen sorgfältig auseinanderzusetzen. Lafontaines Überlegungen über die «Gesellschaft der Zukunft» behandeln Probleme der Sozialdemokratie, ihres politischen Umfeldes und ihrer zukünftigen Strategien, die nicht nur bei den bundesdeutschen Sozialdemokraten auf der Tagesordnung stehen. Er stellt nüchtern fest, dass in den letzten Jahren, mit wenigen Ausnahmen (z. B. Spanien), die Sozialdemokraten überall Niederlagen einstecken mussten. Er unterwirft diese Niederlagen einer Analyse der politischen Kultur und macht das mangelnde Verantwortungsgefühl einer ganzen Gesellschaft aus, die die Verantwortung aus den verschiedensten Gründen an die Politiker abgeschoben hat, vor allem dann, wenn es darum geht, die Verantwortung für negative Erscheinungen auf sich zu nehmen. Lafontaine ist nun weit davon entfernt, die Politiker zu entlasten oder gar aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

Besonders beklagt er allgemein den Mangel an ökologischer Verantwortung. Bezeichnend für diesen Mangel sei die *vorherrschende doppelte Moral.*

Zwar beklagen alle die übermässige Belastung der Umwelt, doch kaum einer tut wirklich alles, was er tun kann, um die Umwelt zu entlasten. Viele sind es ja nicht, die auf den Komfort des eigenen Autos verzichten wollen. Keiner kommt ohne chemische Stoffe aus. «Es ist nicht möglich, die Gesellschaft in Täter und Opfer zu trennen.»

Für die Bewältigung der Umweltprobleme sieht Lafontaine ausschliesslich ein gemeinsames gesellschaftliches Handeln auf der Grundlage einer verallgemeinerten Verantwortlichkeit. Er kommt zum Schluss, dass, wer die vom technologischen Fortschritt aufgeworfenen Probleme lösen will, mehr Demokratie wagen müsse. Das heisst: «Jeder muss mehr Verantwortung übernehmen. In der Praxis heisst das, die Verantwortung muss demokratisiert werden, indem in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Trennung von Entscheidungs- und Verantwortungsebene aufzuheben ist.»

Im Klartext kann man aus diesen Gedanken folgern: Mitentscheidung aller Betroffenen beispielsweise an den Produktionsentscheidungen der Unternehmungen. *Die Beteiligten sind auch die Betroffenen*, meint der ketzerische Ministerpräsident des krisengeschüttelten Saarlandes: «Das gilt für Wissenschaftler und Ingenieure und gilt gleichermassen für alle anderen, für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer, für Staatsbürger wie für ihre gewählten Repräsentanten. Die Gewerkschafter sind für das Wohl und Wehe der Wirtschaft nicht weniger verantwortlich wie die Arbeitgeber, die Grünen für das Industriesystem nicht weniger wie die ‹Altparteien›. Wir alle sind Beteiligte und Betroffene zugleich. Wir müssen die Beteiligung stärken, damit die Betroffenheit schwächer wird.»

SPD und DGB streiten sich über Arbeitszeitverkürzung und Lohnausgleich

Der Krach in der Familie

Von Klaus Vater und Christian Hülsmeier

Penibel liess sich Heiner Geissler berichten, welcher Spitzensozialdemokrat gerade über welchen führenden Gewerkschafter – und umgekehrt – hergefallen war. Der Streit über Löhne und Prozente, über den Abbau der Massenarbeitslosigkeit und Einkommenseinbussen war für den CDU-Generalsekretär ein Geschenk des Himmels: Lenkte er doch prächtig vom schlechten Zustand der Koalition ab.

Mit Staunen beobachteten die Christdemokraten im Konrad-Adenauer-Haus, wie ÖTV-Chefin Monika Wulf-Mathies dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine «gehörig auf die Finger klopfen» wollte. Der sei nämlich der ÖTV «mitten in der Tarifbewegung in den Rücken» gefallen.

Der so Gescholtene antwortete, die Gewerkschaften trügen Mitverantwortung «für die Höhe der Arbeitslosigkeit» – neue Töne und neue Umgangsformen zwischen Bruder DGB und Schwester SPD.

Merkwürdig: Lafontaine, Klaus von Dohnanyi und Gerhard Schröder auf der einen, Wulf-Mathies und Hermann Rappe, Franz Steinkühler sowie Ernst Haar auf der anderen Seite gerieten sich über etwas in die Haare, das sie bis dato zusammengeführt hatte. Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit war – so schien es wenigstens – einigendes Band zwischen Partei und Gewerkschaften, ein alles überragendes Thema, das Meinungsverschiedenheiten beiseitegeschoben hatte.

Und kaum war der Hauskrach zwischen SPD und Gewerkschaften so richtig entbrannt, wurde eine weitere Kontroverse eröffnet: SPD-Schatzmeister Hans-Ulrich Klose, so berichtete die «Welt» süffisant, verstehe Lafontaines Thesen als Fühlungsnahme in Richtung FDP. Wie Schlachtrosse, die den Trompetenstoss hören, reagierten darauf die SPD-Arbeitnehmer. Deren Chef Rudolf Dressler konterte: «Für ein solches Bündnis wird es keine Chance geben, weil die SPD damit ihre Stammwähler vernachlässigt – bei anderen Parteien aber nichts holt.»

Unbeirrt verfocht derweil der saarländische Ministerpräsident Lafontaine weiter seine Meinung in Sachen Lohnverzicht: Auch innerhalb der Einkommenshierarchien müsse umverteilt werden; die Gutverdienenden hätten zugunsten der Arbeitslosen Einkommenseinbussen hinzunehmen – eine Haltung, die nahelegt, dass der studierte und diplomierte Physiker den Konflikt mit den Gewerkschaften wollte, lange vorbereitet hat und nun auch durchstehen will.